

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922**

139 (19.6.1922)

# Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen.  
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich  
monatlich 15 Mk., Postbezug monatlich 15 Mk. 55 Pfg., Einzelnummer  
und Belegblatt 70 Pfg.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstraße 6  
Fernsprecher 204.



Die einseitige Festschließung oder deren Raum 1 Nr., Reklamazelle  
4 Nr. 50 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nach-  
mittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag  
1/2 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für  
Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-  
nommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Bezahler keine  
Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 139.

Montag, den 19. Juni 1922.

93. Jahrgang.

## Tagespiegel.

Leit „Tagespiegel“ rechnet man damit, daß die Re-  
gierungserklärung des Reichskanzlers über die Repara-  
tionsverhandlungen und die damit zusammenhängenden  
Fragen am nächsten Mittwoch erfolgen wird.

Wie der „Sozialanzeiger“ hört, hat der Vorsteher der  
Berliner russischen Gemeinde in Gemeinschaft mit der  
Großfürstin Xenia, der ältesten Schwester des ermorde-  
ten Zaren eine Festschließungslage bei den Berliner  
Gerichten eingereicht, um auf dem Wege des Zivil-  
prozesses die umstrittene Frage des Eigentumsrechtes  
an dem Berliner russischen Hofgebäude zu klä-  
ren.

Auf der Schichau-Werft in Danzig lief heute in  
Gegenwart einer tausendköpfigen Zuschauermenge der  
Personen- und Frachtdampfer „Kolumbus“, den Schi-  
chau für den Nord- und Ostsee gebaut hat, glücklich vom  
Stapel. Das Schiff ist mit 32 000 Bruttoregistertonnen  
und über 40 000 Tonnen Wasserdrängung nun-  
mehr das größte Schiff der deutschen Handelsmarine.

Zwischen Deutschland und Polen soll ein Amnestie-  
abkommen getroffen werden.

## Vor einer neuen Ententekomödie.

Von Dr. Paul Döwald.

Man muß es der Entente lassen, daß sie es trefflich  
versteht, für ihre Gewalttaten und Brutalitäten uns  
gegenüber immer ein moralisches Mäntelchen zu finden,  
und so den Schein nach außen hin zu wahren. Und  
die Durchführung der Bestimmungen des Versailler Dik-  
tats, das selbst auf der Lüge von der ausschließlichen  
Kriegsschuld Deutschlands aufgebaut ist, stellt den Enten-  
terregierungen in bezug auf ein solches Komödienthema  
vor der Wahl keine leichten Anforderungen. Ein Schein-  
mandat muß dem andern folgen; kaum ist im Namen  
der Selbstbestimmung der Nationen das oberste Komö-  
dienstück zu Ende gespielt, da wird eine neue Komö-  
die nötig, die Wahlen zu einer Volksvertretung im  
Saargebiet. Getreu den Grundgedanken für die wahre  
Demokratie und für die Gerechtigkeit unter den Völkern,  
für die die Entente ja bekanntlich immer eingetreten sein  
will, wird sie sich auch nicht nachsagen lassen, daß unter  
der Herrschaft des Völkerbundes die Saarbevölkerung  
sich nicht selbst regieren darf. Wohl aber hilft man den  
Schleier des Schweigens darüber, warum im Saargebiet  
besondere Wahlen zu einem Parlament nötig sind, und  
wie wenig sie für die Bevölkerung zu bedeuten haben  
werden. Wie kann von Selbstbestimmung der Nationen  
im Saargebiet die Rede sein, wenn man dieses Land,  
in dem im Jahre 1914 kaum ein Franzose wohnte,  
einfach vom deutschen Mutterlande trennte! Hat Tarbien  
doch selbst im vorigen Jahre zugegeben, daß man Wilson  
belogen hätte, indem man ihm erzählte, von den 600 000  
Einwohnern des Saargebietes seien 150 000 Franzosen;  
nur auf Grund einer solchen bewußt vorgebrachten Lüge  
war es überhaupt möglich, Wilson dazu zu bringen,  
einen Verzicht Deutschlands auf die Regierung des Saar-  
bedens erzwingen zu helfen. Und heißt das etwa  
Selbstbestimmung der Nationen, wenn man die mit Gewalt  
vom Mutterlande getrennte Saarbevölkerung weiter da-  
zu gezwungen hat, den Unterricht in französischer Sprache  
auf den Schulen zu dulden und die Frankensprache zu  
übernehmen. Entspricht es den Grundgedanken der Demo-  
kratie, wenn die Regierungskommission, die nach den Be-  
dingungen des Versailler Diktats aus fünf Männern  
zu bestehen hat, so zusammengesetzt ist, daß sich darin keine  
den Saarländern erwünschte Persönlichkeit befindet! Denn  
der Präsident der Kommission ist der Franzose Kault,  
der den chauvinistischen Kreisen angehört, und die anderen  
sind der Belgier Lambert, der in seinem Deutschenhaß  
Herrn Kault nichts nachgibt, ferner der Däne Moltke, ein  
Franzosenfreund, der als früherer Rensselaerbesitzer sich  
ganz besonders gut für das Amt des saarländischen  
Kulturministers eignet, weiter der Kanadier Waugh, der  
weber das Land noch dessen Sprache kennt, über das er  
bestimmen soll, und schließlich der Saarländer Seltor,  
ein Mann von gerade nicht bestem Ruf, den die Bevöl-  
kerung gründlich abzulehnen sowohl aus nationalen wie  
sittlichen Gründen alle Ursache hat. Heißt das eine Be-  
völkerung im Namen der Demokratie regieren, wenn der  
geringste Unwille gegen die aufgezwungene französische  
Kultur und gegen die so brutal betriebene französische  
Propaganda mit Verweisung aus dem Lande und noch  
härteren Strafen belegt wird!

Was soll in einem so vergewaltigten Lande noch eine  
Volksvertretung! Sie kann und darf auch nicht den gerin-  
gsten Wandel in dieser Richtung schaffen, sie wird nur  
das aufheben und fördern dürfen, was den letzten Willen  
der Franzosen dient, dem schließlichen Anheimfall des

Saargebietes an Frankreich. Wie sich die Regierungskommission  
bisher über Beschlüsse der Kreistage und über  
sonstige Äußerungen des Volkswillens rücksichtslos hin-  
weggesetzt hat, wenn sie der französischen Raubpolitik ent-  
gegenstand, so wird sie das auch bei einem von der Be-  
völkerung gewählten Parlament nicht anders machen. Der  
Kommissionspräsident Kault wird auch weiterhin der  
Ernährungs Vouchers gedenken, nicht zu vergessen,  
daß er ein Franzose ist und daß er als solcher die Auf-  
gabe hat, das Saargebiet für den Anheimfall an Frank-  
reich reif zu machen.

Wie wenig deshalb selbst die saarländische Bevölke-  
rung sich von den Wahlen zu einer Volksvertretung ver-  
spricht, geht am besten daraus hervor, daß alle Parteien,  
von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten,  
sich in der grundsätzlichen Ansicht einig sind, man müsse  
eigentlich einen allgemeinen Wahlstreik proklamieren, um  
so die Vergewaltigung und das Unrecht vor aller Welt  
offenbar werden zu lassen. Wenn die bürgerlichen Par-  
teien sich dennoch zu einem anderen praktischen Vor-  
gehen entschlossen haben, wenn sie dennoch die Wahlen  
betreiben wollen, so geschieht das nur mit Rücksicht auf  
die vielen eingewanderten Franzosen, die auch Listen auf-  
stellen dürfen. Ein Wahlstreik würde praktisch nur das  
Ergebnis haben, daß die Franzosen sich einen scheinbaren  
Rechtstitel holen, daß sie mit einem Hinweis auf die dann  
„so zahlreich und fast ausschließlich“ gewählten französi-  
schen Volksvertreter ihre gewalttätige Kulturpropaganda  
für durchaus berechtigt erklären.

Der Saarbevölkerung ist es so gut wie unmöglich ge-  
macht, von den Leiden ihrer Unterdrückung und Vergewal-  
tigung zu reden. Um so mehr aber haben wir im Reiche  
die Pflicht, davon zu sprechen und der Welt die Augen  
darüber zu öffnen, welches Verbrechen an deutschen Brü-  
dern und Schwestern im Saargebiet verübt wird, und  
was sich auch hier in Wirklichkeit hinter den großen  
Worten von Demokratie und Selbstbestimmung der Na-  
tionen verbirgt.

## Reichstag.

Berlin, 17. Juni.

In der Samstagtagung wählte der Reichstag zunächst  
als Nachfolger für den verstorbenen Abg. Raden den  
Abg. Schwarz-Heisen (Zentr.) zum Schriftführer. Eine  
unabhängige Interpellation über die Getreideumlage  
wird am Montag in Verbindung mit der Regierungs-  
vorlage besprochen werden. Der Gesetzentwurf zur Er-  
höhung der Bezüge der Schiffs-, Gewerbetreibenden und  
Vertrauenspersonen wurde angenommen, nachdem von  
sozialistischer Seite auch eine Entschädigung für die  
Mitglieder der Steueraussschüsse verlangt worden war.  
Bier-Verträge Deutschlands mit Frankreich, darunter  
die Sachlieferungsabkommen mit der Reparationskom-  
mission, wurden dem auswärtigen Ausschuss übermit-  
telt. Dann stand die Zwangsanleihe in erster Linie  
zur Verhandlung und verbunden damit ein unabhängiger  
Antrag auf Anpassung der Einkommensteuerverträge  
an die Geldentwertung und deutschvolksparteiliche und  
deutschnationale Anträge für Erhöhung der Freigrenze  
bei der Erbschaftsteuer. Diese vier Vorlagen sollen  
dem Steueraussschuss überwiesen werden. Vorher aber  
hielt noch der Kommunist Abg. Höflein eine seiner  
bekanntesten Anlagereden gegen alle Parteien des Reichs-  
tags, die er rechts von seiner Fraktion nur eine ge-  
meinliche reaktionäre Masse nennt. Mit dieser Rede  
war die 1. Lesung beendet und sämtliche Vorlagen  
wurden programmäßig dem Steueraussschuss überwie-  
sen, der am Dienstag seine Arbeiten wieder aufnehmen  
wird.

Das Haus beschäftigte sich sodann noch mit der  
Schlichtungsordnung. Dabei hielt Kommunist Walsahn  
eine heftige Rede gegen Regierung und die Arbeit-  
geber. Wie sein Freund Höflein verdammt auch er  
vor allem die Mehrheitssozialdemokraten in Grund  
und Boden und nahm für sich allein in Anspruch, wahr-  
er Vertreter der Arbeiterschaft zu sein. Auch diese  
Vorlage wurde einem Ausschuss überwiesen.

Am Montag wird die Entscheidung über die Ge-  
treideumlage gefällt werden.

## Das Gesetz über die Getreideumlage vom Reichsrat angenommen.

Berlin, 17. Juni. Der Reichsrat hielt am Freitag in spä-  
ter Abendstunde eine öffentliche Sitzung ab, die von dem  
Reichsminister für Landwirtschaft und Ernährung geleitet  
wurde. In der Hauptsache galt diese Sitzung der Berä-  
thung des Gesetzentwurfes über die Regelung des Ver-  
kehrs mit Weizen und Roggen am 1. Juli 1922. Die Ausschüsse  
des Reichsrats haben lange und eingehend über die Vorlage  
beraten und sich schließlich, wie der Berichterstatter, Minis-  
terialrat Freiherr von Zimmhof, hervorhob, auf den Boden  
der Regierungsvorlage gestellt. Der Gesetzentwurf verlangt  
wie im vorigen Jahre eine Umlage von 2 1/2 Millionen Ton-  
nen. In der Vollziehung ist der Reichsrat mit großer Mehr-  
heit den Beschlüssen seiner Ausschüsse beigetreten. Er stellt  
sich auf den Standpunkt der Regierung, daß unter den gegen-  
wärtigen Verhältnissen die Brotversorgung allein gesichert

ist auf dem Wege der Umlage. Das Ziel, die Bevölkerung  
in genügenden Mengen mit Brot zu versorgen zu ermög-  
lichen, sei nur auf dem Wege der Umlage zu errei-  
chen. Der Gesetzentwurf weist natürlich gegenüber dem  
jenigen vom vorigen Jahre wesentliche Änderungen auf,  
indem auf Grund der vorjährigen Erfahrungen manche Här-  
ten ausgemildert wurden und in manchen Punkten der Land-  
wirtschaft Entgegenkommen gezeigt wurde. So ist vor allem  
vorgesehen, daß die Löhner bei Festsetzung des Umlagebetrags  
auch die sonstigen landwirtschaftlichen Aufwände einbezie-  
hen können, wobei bis zu 5 Hektar frei bleiben können. Der  
Kreis der versorgungsberechtigten Bevölkerung ist durch Aus-  
schluß der vermögenden Volksteile beschränkt worden. Wei-  
terhin wurde der Vorlage in den Richtlinien der Ober- und  
Unterteilung der Umlage angenommen unter den Ges-  
ichtspunkten, die eine gerechtere Verteilung sicherstellen. Auch  
ist die Inziehung von Vertretern der Landwirtschaft und  
Brotbesitzer bei der Verteilung vorgesehen. Eine größere  
Erleichterung des Umlageverfahrens ist durch völlige Auf-  
hebung von Listen vorgesehen, die von der endgültigen Fest-  
setzung des Umlagebetrags das in Aussicht genommene Vie-  
ferungslohn angeben. Ein Antrag Bayerns, der Landwirt-  
schaft noch eine Prämie zur freiwilligen Lieferung zu zahlen,  
sah wie bereits in den Ausschüssen aus praktischen  
Betrachtungen keine Mehrheit. Angenommen wurde  
folgende von den Ausschüssen vorgeschlagene Resolution:  
Die Reichsregierung wird ersucht zu prüfen, ob nicht der  
Preis für das Umlagegetreide in der Weise festgesetzt wer-  
den kann, daß der Preis für die erste Hälfte nicht niedriger  
als Dreiviertel des Durchschnittspreises in der Zeit  
vom 1. April bis 30. Juni 1922, die zweite Hälfte nicht nied-  
riger als Dreiviertel des Durchschnittspreises vom 1.  
Oktober bis 31. Dezember 1922 ist. Von den Bestimmungen  
der Vorlage ist noch zu erwähnen, daß der Hafer in einer  
Höhenlage von über 160 Metern künftig voll angerechnet  
werden soll. Die Abstimmung in der Vollziehung ergab 49  
Stimmen für die Vorlage und 16 dagegen.

Berlin, 17. Juni. Die gestern vom Reichsrat ange-  
nommene Vorlage der Getreideumlage ist heute dem Reichs-  
tag zugegangen. Ueber die Änderung der in der Vorlage  
enthaltenen Bestimmungen bezüglich der Freigabe an die Ver-  
sorgungsberechtigte Bevölkerung durch Ausschluß der ver-  
mögenden Bevölkerungsteile steht noch nichts fest. Es sind  
darüber Verhandlungen mit den verschiedenen Gruppen  
vorgesehen. Die grundsätzliche Entscheidung ist dem Er-  
nährungs- und Finanzministerium unter Zustimmung des  
Reichsrats vorbehalten. Es besteht keinesfalls die Absicht,  
einem kleineren Teile der Bevölkerung die Brotkarte vor-  
zuenthalten. Auch bei einem Ausmaß von nur 5 bis 10  
Prozent der Bevölkerung würden sich schon Erparnisse von  
mehreren Milliarden Mark ergeben. Zweifellos wird die  
Erhebung der Umlage gegenüber dem Vorjahr mit größ-  
ten Schwierigkeiten zu rechnen haben. Absolet fest steht aber  
schon heute, daß im neuen Wirtschaftsjahr eine wesentliche  
Erhöhung des Verkaufspreises der Reichsgetreidestelle ein-  
tritt. Eine erhebliche Annäherung des Preises des Mark-  
brottes und des freien Brotes wird nicht zu umgehen sein.  
Dem gegenüber wird von zuständiger Seite darauf verwie-  
sen, daß eine Umlage nicht nur einer Verbilligung, sondern  
vor allem auch einer Einhaltung eines einmigermaßen sta-  
bilen Preises, sowie der Sicherstellung des Brotes überhaupt  
dienen soll.

## Deutschland.

Berlin, 18. Juni. Der Reichspräsident, die Reichs-  
regierung und die preussische Staatsregierung rich-  
teten an die Oberschlesier anlässlich der Gebietsüber-  
gabe einen Aufruf, der den Oberschlesiern für die  
Treue zum alten Vaterland dankt.

Berlin, 18. Juni. Wir konnten schon berichten, daß  
die deutsche Regierung ernsthaft gewillt ist, Deutsch-  
Ostpreußen nach Maßgabe seiner Kräfte Hilfe zu lei-  
sten. Die Reise des deutschen Gesandten in Wien, Dr.  
Pfeiffer, nach Berlin hat dieselbe Gelegenheit  
Man wünscht sich mit ihm zu beraten, ob und wie  
Deutschland Hilfe leisten kann. Dr. Pfeiffer  
weilte am Freitag nachmittags auch im Reichstag und  
hatte dort eine Besprechung mit dem Reichskanzler.

Berlin, 18. Juni. Die Führer der Koalitionspar-  
teien wurden gestern abend vom Reichskanzler emp-  
fangen zwecks einer Aussprache. Die Deutsche Volkspar-  
tei nahm an der Besprechung nicht teil. Im Vor-  
dergrund stand die Frage der Zwangsanleihe und der  
Getreideumlage. Der Reichskanzler beschränkte sich im  
allgemeinen darauf, die Auffassung der Koalitions-  
führer festzustellen.

Berlin, 18. Juni. Im Hamburger Hafen ist der  
jetzt dem brasilianischen Bloch gehörende,  
ehemalige deutsche Großdampfer „Abara“,  
der auf Grund des Versailler Vertrags abgeliefert wer-  
den mußte, beim Ausbugen gesunken. Das  
Unglück stellt sich als weit schwerer heraus,  
als es zuerst den Anschein hatte. Der Dampfer hatte, als  
das Unglück geschah, neben dem größten Teil der Besat-  
zung ein paar hundert Werftarbeiter an Bord. Das  
Schiff wurde unbeeinträchtigt mit leeren Wasser-

taut, also ohne Ballast, von Deck gelassen. Der Vortz soll davor gewarnt haben, der brasilianische Kapitän jedoch trotzdem den Befehl zum Klarmachen gegeben haben. Kaum lag das Schiff frei — so berührt das Hamburger „Mittwoch-Abendblatt“ — als es sich weit nach Backbord überlegte. Jedoch wurde durch Schlepper verhindert, das Schiff wieder aufzurichten, was auch anscheinend glückte. Als aber der Schlepper von neuem anzog, kippte das Schiff nach Steuerbord über und in wenigen Minuten vollzog sich die entsetzliche Katastrophe. Die meisten Personen ärgerten, ins Wasser zu springen als sich das Schiff nach Backbord neigte. Sie liefen alle nach Steuerbord und wurden dort überrascht, da das Schiff in der nächsten Minute nach dieser Seite überkippte. Die Zahl der Toten wird auf annähernd hundert geschätzt, dazu kommen zahlreiche Verletzte.

**Königsberg, 18. Juni.** Generalfeldmarschall von Hindenburg hat Ostpreußen auf dem Seewege verlassen. In einer Kundgebung dankt der Generalfeldmarschall für die Bewillkommung in seiner Heimat:

„In dem Augenblick, in dem ich Ost- und Westpreußen nach unerblicklichen Tagen wieder verlasse, ist es mir ein Herzensbedürfnis, allen denen zu danken, welche mir durch ihren treuen Willkommengruß eine unendliche Freude und eine liebe Erinnerung bereitet haben. Ich weiß wohl, daß der zahllos mir entgegengebrachte Jubel und die überwältigende Fülle der mir zuteil gewordenen Ehrungen nicht persönlich gelten können, sondern vielmehr als ein lebhaftes Zeugnis der tiefen Liebe zum deutschen Vaterland anzusehen sind, aber gerade deshalb nehme ich das erhebende Bewußtsein mit mir, daß meine alte preussische Heimat fest entschlossen ist, auf dem Posten

als öffentlicher Vorkämpfer des Deutschtums auszuharren und damit die Pflicht der ganzen deutschen Stammesgemeinschaft zu erfüllen. Ich scheidet daher mit Genugtuung und Zuversicht von den vielen Tausend gleichgesinnten Landsleuten, denen ich ins Auge blicken durfte und denen jeder ich gern die Hand gedrückt hätte. Die Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit und die Fülle der Veranstaltungen machten es mir leider unmöglich, allen freundlichen Einladungen zu entsprechen und an allen Orten zu erscheinen, die meine Anwesenheit gewünscht haben. Möge die geliebte Heimat den Stürmen der Zeit und den Tagen der Not trotzen und mögen sich alle meine Landsleute in Einigkeit zusammenschließen und in gleicher Liebe zum deutschen Vaterland an dessen Wiederaufbau zusammenarbeiten. Das ist mein treuer Wunsch beim Scheiden. Habt Dank! Seid einig!

gez. von Hindenburg, Generalfeldmarschall.

**Dybbö, 18. Juni.** Der deutsche und der polnische Bevollmächtigte veröffentlichten 2 Erklärungen, worin sie die Gewalttätigkeiten der Regierungskommission auf das schärfste verurteilen, und in denen es heißt, daß es schließlich ermöglicht wird, wieder zurückzukehren sobald die Regierungen ihre Gebiete übernommen haben. Die Regierungen werden auch ferner dafür sorgen, daß die einzelnen Bewohner auf ihrem Wohnort bleiben können.

**Italien, 18. Juni.** Es steht nunmehr außer allem Zweifel, daß die 19jährige Frieda Guder den beiden marokkanischen Soldaten zum Opfer gefallen ist. Die beiden jenseit aus Afrika nach Europa transportierten Burden haben am Sonntag gegen Abend das Mädchen in wüsthöcker Weise mißbraucht und dann in grausamer Weise erdrosselt. Sie wurden von jungen österreichischen Leuten beobachtet, die sie auch am nächsten Tage unter den Mannschaften des Bataillons wieder erkannten. Die Mörder leugnen bisher noch die Tat. Die Aufregung der Bevölkerung über diese entsetzliche Tat ist ungeheuer, zumal noch ein zweiter Ueberfall bekannt wurde, der aber mißglückte.

### Ausland.

**\*\* Straßburg i. E., 16. Juni.** Am Rheinseitenkanal wird mit großem Eifer gearbeitet. Schon über die Hälfte des Kanals Düningen-Breisach ist abgesteckt. Der gesamte Kanalbau soll bis Ende ds. Jrs. fertig sein.

### Auf Hesselvörde.

Roman von Fritz Ganser.

2) (Nachdruck verboten.)  
 „Unmöglich? ... Ist das dein letztes Wort? ... Wirklich, Sybille? ...“  
 „Quäle mich nicht, Achim! Ja, es ist mein letztes Wort!“  
 „So stößt Du also eine Lösung, der Du vor einem Vierteljahr knapp — schweig, ich weiß es von Reedern selbst — sicher mit Sympathie gegenüberstandest, brutal, besinnungslos brutal von Dir? Spielst mit dem Schicksal von Hesselvörde wie mit einem Glasball?“  
 „Ich bin nicht brutal, Joachim. Ich folge nur dem Zuge meines Herzens.“  
 „Aha! Einem neuen Zuge ... Da hätten wir uns viele Worte sparen können. Warum hast Du das nicht gleich gesagt? ... Komm, wir gehen. ... Tante Malve soll nicht länger warten!“  
 Sie sprachen bis zu ihrem Hotel kein Wort mehr. In stummem, feindselig herübersehendem Nebeneinanderher legten sie den Rest des Weges zurück. Als sie durch die Vorhalle des Hotels schritten, ging ein junger Mann in etwas falopper Eleganz an ihnen vorüber und grüßte mit einer Art vertraulicher Zuversichtlichkeit und Nonchalance. Joachim von Brandt musterte Sybille scharf und beobachtete, daß sie den Gruß mit einem lächelnden Gesicht erwiderte und leise erröte.  
 „Wer war das?“ forschte er, als sie außer Hörweite waren.  
 „Ein Herr, den ich hier kennen lernte. Der Maler Klaus Halm. Ein hervorragendes Talent. Er hat glänzende Konzeptionen.“  
 Sie schien stark interessiert und sprach erregt.  
 „Der Schüler eines bedeutenden Sezessionisten. ... Der Name ist mir augenblicklich nicht gegenwärtig. ...“  
 „Ist mir auch grenzenlos gleichgültig, wie der ...“

**\*\* Mos., 16. Juni.** Wie die Mütter melden, fahren täglich einige Verbelegenen für die französische Fremdenlegion vom Saarlande nach Metz und führen jedesmal ein Duzend 20 bis 25jährige Deutsche mit, die in die Fremdenlegion verschleppt werden. Ohne Paß und ohne Papiere werden diese oft in größter Not befindliche junge Leute von den modernen Slavenhändlern über die Grenze gebracht.

**Paris, 18. Juni.** Die Wiederherstellungskommission veröffentlicht folgende Mitteilung: Die deutsche Regierung leistete am 15. Juni an die vom Garantie-Ausschuß bezeichneten Banken eine Zahlung von etwa 50 Millionen Goldmark. Dies ist die dritte monatliche Zahlung, die von dem Ausschuß in seiner Entschließung vom 21. März vorgelesen ist. Die erste Zahlung betrug 18 Millionen, die zweite 50 Millionen Goldmark. Sie wurde am 15. April und 15. Mai geleistet.

**Paris, 18. Juni.** Das „Stablogramm“ kommt als erstes französisches Blatt auf die Note der deutschen Regierung über die Besatzungskosten zu sprechen und bestreitet natürlich die darin enthaltenen Angaben. Es handelt sich nicht um 6 Milliarden, sondern um kaum 4 Milliarden, wovon 3 Milliarden jene Beträge darstellen, die unmittelbar nach dem Waffenstillstand ausgelegt wurden, zu einer Zeit, als man noch viel mehr Truppen im Rheinland halten mußte. Die Ausgaben für Mobilien hätten 130 Millionen Goldmark nicht (?) überschritten. Uebrigens verbleiben die angeschafften Möbel der deutschen Regierung. Es sei gewiß bedauerlich, daß Mißbrauch vorkäme, aber man müsse doch seinen Preisfeldzug veranlassen, um nicht die Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Frankreich noch mehr zu vertiefen. Man müsse wünschen, daß die deutsche Regierung solche Preisfeldzüge nicht begünstige.

**Paris, 17. Juni.** Das am 27. Februar von Bemelmann im Auftrage der Reparationskommission unter Vorbehalt der Ratifikation durch die Kommission mit der Reichsregierung abgeschlossene Uebereinkommen ist gestern endlich von der Reparationskommission definitiv genehmigt worden. Das Abkommen Bemelmann ermöglicht eine wesentliche Vereinfachung der Modalitäten für den Bezug von deutschen Sachleistungen durch alliierte Staatsangehörige. Das Abkommen gestattet den alliierten Besitzern nach eigener Wahl direkt mit den deutschen Firmen in Verbindung zu treten. Die Berechnung der Lieferungen auf Reparationskonto wird durch die französische Regierung vorgenommen. Die Reparationskommission hatte noch über einzelne Punkte Rückfrage an die Reichsregierung gestellt und hat gestern, nachdem die Konvention in allen Teilen endgültig war, dieses Abkommen ratifiziert. Nach der Auffassung des „Temps“ wird, soweit die Ratifikation durch den Reichstag ebenfalls erforderlich sei — und das soll nach seiner Meinung anfangs kommender Woche geschehen — das Bemelmannische Abkommen sofort in Kraft treten, ohne die Ratifikation des Wiesbadener Abkommens vom 6. Oktober 1921 und des ergänzenden Abkommens vom 15. März 1922 durch das französische Parlament abzuwarten. An maßgebender Stelle in Paris erfahren wir jedoch, daß diese Auffassung des „Temps“ nicht zutrefte und Frankreich ausdrücklich an die durch das Gilet-Ruppel-Abkommen notifizierten Wiesbadener Abkommen gebunden sei. Die Reihe der Wiesbadener Abkommen liegen bereits seit 23. Dezember 1921 der französischen Kammer vor, warten aber immer noch auf Genehmigung. Nach dem Deutschland gewährten Moratorium für 1922 ist Frankreich berechtigt, von Deutschland für 950 Millionen Goldmark Waren zu beziehen. Nach den französischen Aufzeichnungen sollen sich aber die von der französischen Regierung und von französischen Staatsangehörigen bis jetzt bezogenen Sachlieferungen (mit Ausnahme der obligatorischen Lieferung von Kohlen und Farbstoffen) nur auf ungefähr 10 Millionen Goldmark beziffern.

**Rom, 18. Juni.** Im italienischen Senat gab Außenminister Schanzer am Freitag die Erklärung ab, daß er bis jetzt noch keine offizielle Mitteilung über die Ablehnung der Ratifizierung des italienisch-russischen Vertrages durch die Sowjetregierung erhalten habe. Immerhin dürfte aber auf Grund der indirekten Nachrichten aus verschiedenen Quellen mit der Ablehnung dieses

Abkommens gerechnet werden. Diese Ablehnung sei darauf zurückzuführen, daß Italien nicht in die Aufnahme von politischen Bestimmungen in den Vertrag habe einwilligen wollen. Während die russischen Delegierten mit den italienischen Unterhändlern verhandelten, sei im Rat der Volkskommissare eine Entschiedenheit angenommen worden, die bestimme, daß in Zukunft mit keinem europäischen Staat ein Vertrag abgeschlossen werden könne, wenn nicht in demselben die Klausel der de jure Anerkennung der Sowjetregierung enthalten sei. Italien habe diese Bedingung schon mit Rücksicht auf seine Alliierten nicht annehmen können.

**London, 18. Juni.** Poincaré ist, von seiner Frau begleitet, mit Lord Derby, der ihn in Folkestone abgeholt hat, am Freitagabend in London angekommen. Er wurde von Marshall Petain und vom französischen Botschafter St. Aulaire am Bahnhof erwartet.

„Daily Mail“ will aus gut unterrichteter Quelle erfahren haben, daß in der vorgestrigen Unterredung Poincarés mit Lord Harding der letztere dem französischen Ministerpräsidenten den Standpunkt seiner Regierung in der Frage des englisch-französischen Garantievertrages auseinandersetzte. Er bestätigte offiziell, daß die englische Regierung diesen Vertrag erst abschließen könne, wenn die zwischen den beiden Ländern schwebenden Fragen gelöst sein würden, so besonders die Frage von Tanger und des nahen Ostens. Man erklärt in politischen Kreisen, daß Lord Harding diese Instruktion schon vor einigen Tagen von der englischen Regierung erhielt, mit dem Auftrage, sie Poincaré vor seiner Abreise nach London mitzuteilen, um ein Mißverständnis zwischen den beiden Regierungen bei dem Besuche Poincarés in London zu beseitigen. Poincaré hat in Privatunterredungen vor einigen Tagen erklärt, daß er bereit sei, die zwischen England und Frankreich schwebenden Fragen zu diskutieren. Diese Absicht Poincarés, seine Anwesenheit in London politischen Gesprächen zu widmen, wurde der englischen Regierung mitgeteilt, aber dieser Gedanke ist vom „Foreign Office“ nicht angenommen worden. Es scheint darum, daß die Reise Poincarés keinen politischen Charakter haben wird.

### Die Haager Konferenz.

**Haag, 17. Juni.** Die Sachverständigen Beratungen, die gestern vormittag und nachmittag in Haag abgehalten wurden, gelangten sehr bald auf dem vierten Punkt an. Man kam, wie bereits gemeldet wurde, nicht weiter als zur prinzipiellen Annahme des belgischen Vorschlags zur Gründung einer allgemeinen und drei Unterkommissionen. Die französische Delegation erklärte sofort, daß sie sich nicht, wie die meisten Staaten annehmen, in die allgemeine Konferenz einzutragen lassen und nichts weiter unternehmen, bevor von Poincaré Befehl eingetroffen sei. Der Präsident verzogte alle weiteren Beratungen auf Montag 3 Uhr. Französischerseits äußerte man sich über den Einbruch der gestrigen Verhandlungen, daß man sich mit den formellen Beschlüssen über die Einsetzung einer russischen Kommission sehr einverstanden erklären könne.

**Haag, 17. Juni.** Gestern morgen wurde der Vorschlag des belgischen Delegierten Gattier angenommen, nach dem Vorbild von Genoa eine russische Kommission zu bilden, der drei Unterkommissionen nachgeordnet sind, die einzupragen der General-Einleitung der Konferenz die Fragen des Privatkaufmanns, Schulden und Kredit zu behandeln haben. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch eine Rede des englischen Delegierten Young, der eine Art Proqrammrede hielt und zur Beilegung der übrigen Anwesenden ausführte, daß die Haager Konferenz lediglich eine technische Bedeutung habe. Der belgische Delegierte Gattier zog Schlußfolgerungen aus den Ausführungen Youngs und aus seinen Darstellungen eine heraus, daß sich der ganze Charakter der Konferenz stark dem einer Studienkommission näherte. Der Rest der Sitzung ging mit Besprechung über Vertretung verschiedener Länder u. a. Ungarn hin. Vorerst sind die Beratungen der Konferenz unterbrochen, da heute und morgen keine Sitzung stattfindet.

### Baden und Nachbarstaaten.

**\*\* Karlsruhe, 18. Juni.** In einer der letzten Nächte drangen Einbrecher in eine gewisse Villa ein und stahlen u. a. drei Perlersteine im Wert von 70 000 Mark und Silbersewa im Wert von annähernd 60 000 Mark. Von den Tätern

„Ach, wenn Sybille nur nicht so eigenmächtig wäre! Sie läßt sich durch mich gar nicht beeinflussen. ... Aber, beruhige Dich, ich will mein Möglichstes versuchen!“  
 „Ich danke Dir, Tante Malve, Sybille scheint offenbar nicht zu wissen, was sie tut. Es wäre ja entsetzlich, wenn ... nicht auszubedenken: eine Brandt und dieser ... dieser ... geniale Samthutträger. ... Aber wir müssen zu Tisch gehen.“

„Als Sybille am nächsten Morgen am Frühstückstisch erschien, war Joachim schon abgereist.“  
 „Er hat sich nicht von mir verabschiedet,“ gröhlte sie.  
 „Wie kann er nur so rüchschisslos sein!“  
 Tante Malve kniffte verlegen an ihrer Serviette.  
 „Er ist Dir böse, Kind. Er ist nicht zufrieden mit Dir.“  
 „Aus welchem Grunde? Ich habe ihm keine Veranlassung gegeben.“  
 „Doch, Kind!“  
 Sybille lächelte spöttisch.  
 „Ich wüßte nicht. ... Vielleicht darum, weil ich mich nicht bestimmen ließ? Soll man sich in seiner Willensfreiheit beschränken lassen? Ich handle nach meinem Ermessen.“

Sie sah durch die Fenster der Glasveranda auf das Meer. Mit einem harten Blick. ... In der nächsten Minute ging Klaus Halm draußen vorüber und grüßte lächelnd hinein.

Sybille von Brandt winkte lächelnd zurück. Ihr Blick war plötzlich weich, fast zärtlich geworden.

Hesselvörde, die Besitzung der Brandts, war eine regelrechte Sandkiste. Der größte Teil lag in Handversteck, das Siedzipsfeldchen guckte ein Stück ins Braunschweigische hinein. Ausgesprochen guten Boden hatte es kaum.

(Fortsetzung folgt.)

hm ... der Mann heißt. — schnitt er ab. „Bitte verschone mich mit den Details.“  
 Er sprach abgehackt, mit harter Betonung und starre finster vor sich hin. Also das war's! Anscheinend schon stark engagiert für diesen Menschen! Für diese leijonistische Größe mit dem charakterlosen Durchschnittsgesicht eines Commis voyageur. ... Ein Würgen stieg in Joachims Kehle hoch. So etwas zerteilte sich an, wenn man diese verrückten Kunststudien trieb, das moderne Weib mimte und ... Er biß sich auf die Lippe und fühlte sich versucht, irgendetwas grob anzurempeln. ...  
 Fräulein Malve von Ebert, eine Tante des Geschwisterpaars und die Reisebegleiterin Sybillens, kam ihnen im Treppenhaus aufgeregt entgegen. „Seid Ihr endlich da?“ wehlagte die alte Dame. „Ich ängstigte mich schon um Euch.“  
 Joachim küßte die Hand Fräulein von Eberts.  
 „Unnötig, liebe Tante Malve,“ lächelte er. „Du weißt ja:“

„Ein Brandt scheint hundert Teufel nicht. Wenn auch sein letztes Schwert zerbricht.“

Er schien völlig verändert und lachte. Sybille ging wortlos an ihnen vorüber und stieg die Treppe hinan. „Auf ein Wort, Tante Malve!“ bat Joachim, die alte Dame beiseitenehend. „Ist Dir ein Maler Halm bekannt?“

Fräulein von Ebert faltete die Hände ineinander und sah Sybille feuzend nach.

„D, dieser schreckliche Mensch! Er folgt uns, wie unser Schatten, drängt sich uns förmlich auf und spricht mit Sybille ständig über Kunst. ... Und er spricht so abscheulich darüber. ...“

„Und Sybille?“  
 „Ist begeistert von ihm. Ich glaube, ich fürchte, Joachim, ihr Interesse für ihn geht zu weit.“  
 „Ich dachte es mir!“ stieß Joachim finster heraus. Tu mir den Gefallen, Tante Malve, Sybille vor diesem Menschen zu warnen, ein Zusammensein beider möglichst zu verhindern!“

fehlt noch jede Spur. Einige Tage zuvor war in der Villa ein anstößiger Kriegsbeschädigter erschienen, der um eine milde Gabe gebeten hatte; es ist aber unzweifelhaft, daß er nur gekommen war, um nach einer Diebesgelegenheit Ausschau zu halten.

**Karlsruhe, 18. Juni.** Am kommenden Mittwoch, den 21. Juni, findet im Staatsministerium ein parlamentarischer Abend statt, wobei der Heidelberger Historiker, Geh. Hofrat Prof. Duden, über „Die historische Rheinpolitik der Franzosen“ sprechen wird.

**Heidelberg, 18. Juni.** Deutsche Studenten aus Siebenbürgen, die in Berlin studieren, haben auf einer Reise durch Deutschland auch Heidelberg besucht. Sie wurden hier von Vertretern der Stadt, der Universität und der Heidelberger Ortsgruppe des Vereins für das Deutschtum im Ausland begrüßt.

**Heidelberg, 18. Juni.** Unter dem Verdacht des Mädchenhandels ist laut „Babischer Post“ ein verheirateter über 50 Jahre alter Buchhalter verhaftet worden. Er soll seine Opfer für ein hiesiges Haus in der Nähe des Schlosses „verpflichtet“ haben. Mit den Vorgängen in diesem Haus befaßt sich jetzt die Kriminalpolizei.

**Frozheim, 16. Juni.** Wegen schweren Vergehens gegen das Viehsteuergesetz waren die Viehhändler Julius Wier und Emil Daube von Königsbach angeklagt. Sie hatten im Januar ds. Js. eine größere Menge Rind- und Schweine aus Bayern nach Baden eingeführt und die nötige polizeiliche Beobachtung außer Acht gelassen und das Vieh an verschiedene Abnehmer verkauft. Da das eingeführte Vieh tatsächlich von der Maul- und Klauenseuche befallen war, schleppte es die Seuche in mehrere Dörfern in der Umgebung von Frozheim ein. Das Schöffengericht verurteilte beide Angeklagte zu je 7000 Mk. Geldstrafe.

**Detigheim (bei Kastatt), 18. Juni.** Die diesommerlichen Aufführungen auf der Volkshaus Detigheim nehmen am 25. Juni ihren Anfang. Zur Aufführung kommt „Joseph und seine Brüder“. Am 5. Juli wird der Babische Landtag einer Aufführung der Volkshausspiele beiwohnen.

**Offenburg, 16. Juni.** Der Stadtrat genehmigte in seiner letzten Sitzung die Umwandlung der schwebenden Schulden in eine feste Schuld und die Erhöhung der letzten nach Maßgabe des heutigen Bedarfs auf 10 Millionen Mark. Die Anleihe soll durch die Sparkasse vermittelt werden.

**Freiburg, 18. Juni.** Der Konvener der Stadt-Sammlungen Freiburgs, Prof. Dr. Max Wingenroth, ist am Mittwoch unerwartet gestorben. Vor seiner nach Freiburg erfolgten Berufung war der Entschlafene Direktorialassistent der staatlichen Sammlungen in Karlsruhe. Ferner war Prof. Wingenroth Geschäftsführer des Vereins „Babische Heimat“, Herausgeber der Heimatblätter und des Kalenders „Eckhard“, ferner war er in reichem Maße auf kunsthistorischem Gebiet publizistisch tätig. Neben der Stadt Freiburg, die mit dem Verstorbenen eine hervorragende Kraft für die Erhaltung und Erweiterung ihrer Sammlungen verloren hat, muß vor allem der Verein „Babische Heimat“ mit dem Hinscheiden Wingenroths einen schweren Verlust beklagen.

**Freiburg, 18. Juni.** Mit dem Bahnhofsbau wird es nun ernst. Die Arbeiten zum Bau eines Verwaltungsgebäudes für das Glitz und zu einem Dienstgebäude für das Bahnbetriebswerk (Werkstätte) sind nunmehr ausgeschrieben worden. Damit beginnt der so dringend nötige Ausbau der hiesigen Bahnhofsanlagen, ohne daß der Bahnhof selbst eine Verlegung erfährt.

### Aus Stadt und Bezirk.

**St. Blasien, 17. Juni.** Das Kronleichenamt nahm bei strahlendem Himmel einen glänzenden Verlauf. Der Turm der kath. Kirche hatte Flaggenschmuck angelegt, die Kirche war von fleißigen Händen fleißig geputzt, in der Kirchenbachstraße entfaltete sich hochherzige Erleuchtung einer Familie ein neuer prächtiger Altar, künstlerisch entworfen und gemalt von Herrn Mauchter hier. Nach dem letzten Hochamt setzte sich die gewaltige Prozession — die Zahl der Teilnehmer wird auf 2000 geschätzt — in musterhafter Ordnung in Bewegung. Die Ordner und die Schutzmannschaft hielten die Ordnung aufrecht und verhinderten jegliche Störung. Sie verdienen Anerkennung und den Dank der kath. Pfarrgemeinde. Geradezu überraschend und erfreulich groß war die Zahl der Männer und Jungmänner in der Prozession, ein Beweis, daß unserer Männerwelt der religiöse Sinn und der Glaubensmut nicht abhanden gekommen ist. Die Frauen und Jungfrauen mögen darüber nicht eifersüchtig werden, ihr Eifer ist ja noch nie angezweifelt worden. Zum erstenmal stimmten die Glocken in den allgemeinen Feiertagen des Kronleichenamtes ein. Schon am Vorabend verkündeten sie in drei Tönen das große Fest, das die kath. Kirche auf dem ganzen Erdenrund begeht. Das zunehmende Jubelrumor benahm sich im allgemeinen ruhig und selbstvoll. Einige Jugendliche, welche offenbar noch einer schonenden Erziehung bedürften, konnten es nicht unterlassen, mit dem Hut auf dem Kopfe die Prozession zu durchqueren. Diese Rasse wird auf Gottes Erde wohl nie aussterben. Bei der Rückkehr in die Kirche vereinigten sich die Klänge der Musik, der Glocken und der Orgel mit dem jubelnden Gesang der Menge, die dem Ambrosianischen Lobgesang anstimmte, um sich dann zum letztenmal zum sakramentalen Segen auf die Knie niederzulassen. Wähe die Welt glänzende Feste geben, einen solchen Tag wird sie nie zustande bringen, weil solche Begeisterung und Freude nur den tiefen Quellen der Religion entspringen.

**Durlach, 19. Juni.** Der jüngst angekündigte Vortrag über das Reichsmietengesetz in der morgigen Mieterschutzversammlung kann der großen Tagesordnung wegen erst in einiger Zeit stattfinden und wird näheres darüber im Infertatenteil des Tageblattes noch bekannt gegeben werden.

**Ungenügend freigemachte Briefe.** Von jeder Herrschaft im Publikum, wenn es infolge ungenügend freigemachter Briefsendungen Strafporto zahlen mußte, eine Abmildigung gegen diese Strafbüßen, die im Grunde genommen dem Absender zur Last fallen. Wenn man die Strafgebühren nicht vom rein fiskalischen Standpunkt aus ansieht, wird man sagen können, daß die Wirkungen des althergebrachten Strafportosystems bei der Höhe dieser Gebühren nachgerade doch auch dem Postfachmann zu denken geben. Das mag auch der Grund sein, der das Reichspostministerium soeben veranlaßt hat, folgenden Erlaß an die Postanstalten hinauszuschicken: „Es erscheint dringend geboten, ungenügend freigemachte Briefsendungen bis auf weiteres den Absendern nach Möglichkeit (unter entsprechender Benachrichtigung) zur vollständigen Freimachung zurückzugeben zu lassen. Ein Zwang zur Ergänzung der Freimachung darf dabei freilich nicht ausgeübt werden. Auch kommt eine derartige Behandlung nur

insoweit in Betracht, als der Absender auf der Sendung genannt ist und die durch die Anfrage verursachte Verzögerung unbedenklich erscheint

**Erhöhung der patentamtlichen Gebühren.** Im wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats wurde ein Entwurf zur Erhöhung der patentamtlichen Gebühren genehmigt, wonach eine Verdoppelung der bisher geltenden Gebührensätze, sowie die Einführung einiger neuen Gebühren vorgesehene ist. Andererseits kommen auch einige kleinere, lästig empfundene Gebühren in Fortfall. Die Schutzfrist wurde von 15 auf 18 Jahre verlängert

**ep. Das europäische Liebeswerk der amerikanischen Kirchen.** In ein weltweites Liebeswerk läßt der Jahresbericht des Lutherischen Nationalkongresses blicken, das sich u. a. die Aufgabe gestellt hat, durch den Krieg hervorgerufene Notstände Europas zu lindern. Bis zum Januar 1922 sind, ungerichtet die gewaltigen Kleidersendungen und Liebesgabenlisten, im ganzen 1 1/2 Millionen Dollars aufgewendet worden, außerdem für Heidenmissionen 220 000 Dollars. Deutschland steht mit mehr als 20 Millionen Mark unter den Empfängerländern an erster Stelle. Ungezählte Anstalten und Vereine der christlichen Liebestätigkeit sind dadurch in schwerer Zeit gestützt und manche vor dem Zusammenbruch bewahrt worden. Ebenso hat die Deutsch-evangl. Synode, die 1400 meist aus den weniger bemittelten Schichten zusammengesetzte deutsche Gemeinden umfaßt, für Deutschland gegen 20 Millionen aufgebracht. Neuerdings wendet sich die amerikanische Hilfe namentlich auch auf Rußland zu.

### Zeitungsmasse Betrachtungen.

**Juni 1922.**  
Tag und Nacht hält sich die Waage — und es waltet Januermächte — strahlend sind die Junitage, — lieblich sind die Junimächte — und der Schwärmer wird zum Dichter, — wenn des Abends letzte Mächte — und des Frührots erstes Glänze, — nahe aneinander grenzen. — Denn des Monats Silbermelle, — flutet durch das Laubgäste — und die Glut mit Wärdenselle schmückt, als ginge es zum Feste. — Wenn ein Leuchten und ein Flamen — unser Sommer hält umfangen, — dann trotz allem Leid und Weide, — steht wie wieder auf der Höhe! — — Was uns vieles heilt verdrücken, — soll der Trost uns neu erheben: — Will man die Natur genießen, — braucht man wenig auszugeben. — Uns entzückt der Hohe Wälden, — uns erheitert Glühwürmchen Glänze, — gratis liefert es sein Feuer, — ist der Glühwürmchen heut auch teuer. — Die Natur treibt keinen Zauber — und das mindert unseren Stummer, — denn Aufkauf und Verkauf — haben bei ihr keine Nummer! — Nur und Sach, die wir durchwandern, — liefern uns und allen andern, — ohne daß wir „zahlen“ müssen, — eine Fülle von Genüssen. — Freude ward der Welt gegeben — mit dem lichten Frühlingsschein. — doch die Sorgen uns umschweben, — in die Freude keine reine, — Deutschland kann noch nicht genießen, — denn es hat noch nicht gefunden, — was es braucht auf dem Gebiete — der Anleihen und Kredite. — Zwar ist ungünstig eingetroffen — aus Amerika Herr Morgan — und wir glauben schon zu hoffen, — auf Befreiung von den Sorgen — und wir waren voll Erwartung — und wir hoffen und wir harren — Tag für Tag, von heut auf — morgen — ja, wir dachten stark an „Borgen!“ — Der Erfolg ist nicht zu loben, — denn wir haben nichts erhalten, — die Konferenz hat man verschoben — und vorläufig beim alten! — Große Worte, keine Taten! — Fällig sind die Zahlungsraten — und der Dollar flattert weiter, — so ist oar trüb die Zeit! — Ernst Heiter.

### Vermischtes.

**Erschreckende Zunahme des Mädchenhandels.** Die Nachforschungen der Hamburger Kriminalpolizei nach den in letzter Zeit zahlreich als vermisst gemeldeten jungen Mädchen lassen, besonders nach Erzählungen in Seemannskreisen erkennen, daß der Mädchenhandel von Hamburg aus einen erschreckend großen Umfang angenommen hat. Ausländische Seeleute, die der deutschen Sprache mächtig sind, müßten Bekanntschaften mit 13- bis 15-jährigen Mädchen an, machen ihnen die verlockendsten Beschreibungen, so daß die Mädchen ihnen willig folgen. Die Mädchen werden dann nach Nord- und Südamerika in die öffentlichen Häuser verkauft. Die Hamburger Kriminalpolizei warnt dringend junge Mädchen vor der Bekanntschaft mit zudringlichen Ausländern.

**Schwere Folgen einer Explosion.** Drei Arbeiter des Gutes Komellen (Kommern) waren auf dem Bahnhof zu Hofow mit dem Entladen von leeren Spiritusfässern beschäftigt. Ein polnischer Arbeiter wollte nach sehen, ob noch Spiritus im Fasse vorhanden sei und leuchtete mit einem Röhrlin in das Spundloch hinein. Die Gase im Fasse zündeten und brachten das Fass zur Explosion. Der polnische Arbeiter wurde im Gesicht stark verbrannt. Ein deutscher Gutsbesitzer namens Christ wurde von den Fassstücken zerrissen, so daß der Tod alsbald eintrat. Der dritte Arbeiter kam mit leichteren Verletzungen davon.

**Der „Leonberger“ Hund** soll wieder zu Ehren kommen. Früher in der ganzen Welt bekannt und als hervorragende Züchtung berühmt, ist er zur Zeit auf dem Aussterbecat. Es gibt nur noch wenige Exemplare der echten Rasse. Das soll nun wieder anders werden. In Leonberg hat sich ein Spezialklub für Leonberger Hunde gebildet. Gleichzeitig wurde eine Hundezüchtergenossenschaft gegründet. Schon sind die Vorbereitungen zur Errichtung des Zwingers getroffen, der am gleichen Platze stehen wird wie einst sein Vorgänger. Bald werden sich im bekannten Schweizerhause wieder echte „Leonberger“ tummeln. Eine Reihe von Anfragen sind schon eingelaufen, so daß die Genossenschaft bald reichlich zu tun haben wird, um alle Anwärter zu befreiben. In einigen Jahren wird der „Leonberger“ wieder wie früher dem „Bernhardiner“ in den Alpen ebenbürtig zur Seite stehen, in manchem ihn überreffen.

**Ein Fischvergiftung erkrankten** in Brüssel in Bommern die Familie und das Dienstmädchen des Besitzers Rohde. Das Dienstmädchen Lade ist am anderen Tage auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstorben. Auch die Mutter der Ehefrau Rohde konnte nicht mehr gerettet werden. Der Vater und die Ehefrau selbst liegen noch schwer krank darnieder, während Rohde und dessen Bruder außer Lebensgefahr sind. Mit dem Fallsturm aus 7500 Meter Höhe. Ein amerikanischer Biegeoffizier hat am letzten Mittwoch

eine neue Höchstleistung im Aufstieg mit dem Fallsturm aufgestellt. Er verließ in einer Höhe von 7500 Metern sein Flugzeug. Der Abstieg dauerte 30 Minuten.

Nach der Trauung vom Blitz erschlagen. Portugal ist in letzter Zeit von juristischen Gemütern heimgesucht worden, die eine Menge Feuerbrände und anderer Unglücksfälle verursacht haben. Während eines solchen Unwetters wurde ein junges Paar in einer kleinen portugiesischen Landkirche getraut. In dem Augenblick, als die jungen Leute aus der Kirche traten, schlug der Blitz ein und tötete den jungen Gatten. Die Braut erlitt einen derartig schweren Nervenschock, daß Zweifel daran bestehen, ob sie jemals wieder vollkommen zurechnungsfähig wird.

**Das Wasser war viel zu tief.** Das alte Volkslied von den zwei Königskindern, die nicht zusammenkommen konnten, weil das Wasser zu tief war, hat ein modernes Gegenstück erhalten. Miss Jessie Williams, die in Montreal zu Hause ist, ist zwar keine Prinzessin und kann auf einem Sad voll Erbsen schlafen, aber sie hat einen Verlobten in Kanada, und es war ausgemacht worden, daß sie hinüberfahren und ihn dort heiraten sollte. Vor einigen Wochen war die Fahrt angelegt. Miss Jessie war schon auf dem Liverpool abgehenden Dampfer, stürzte sie wieder an Land, um den Schreck der Seereise zu ergehen. Am 20. April füllte sie mit dem nächsten Boote zu fahren, das am 20. April fällig war. Wieder war alles bereit, wieder fuhr sie von Montreal nach Liverpool, doch der Dampfer bekam sie nicht zu sehen. Wie Peter in der Fremde war sie von ihrer Dampfschiff zurück, bevor der nächste Morgen graute. Das Wasser ist zu tief. Und doch — so manche ihrer Gesichtsgenossen würde sich nicht daraus machen, zum Nordpol zu fahren, wenn dort ein Mann zu haben wäre.

**Der schlane Rivale.** In Amerika erzählt man sich eine hübsche Geschichte aus der Zeit, als Jan Gould, der die Erie-Eisenbahn sein eigen nannte mit Vanderbilt einen erbitterten Konkurrenzkampf führte. Damals wurden für den Transport einer Wagnladung Vie von Buffalo nach Newyork 125 Dollar berechnet. Vanderbilt, um die Konkurrenz tot zu machen, ermäßigte den Satz auf 100 Dollar, worauf Jan Gould auf 75 Dollar herunterging, und das gegenseitige Untertönen ging weiters bis endlich Vanderbilt bei einem Dollar angelangt war. Das meinte er, würde Jan Gould nicht anhalten können, und er rief sich die Hände vor Verzweifeln über die Anstrengung seines Gegners. Tatsächlich beförderte die Erie-Bahn kein Vieh mehr, während die Newyork-Zentral den Verkehr kaum bewältigen konnte. Vanderbilt machte aber ein sehr lauges Gesicht als er erfuhr, daß Jan Gould doch der Schlawere gewesen war. Denn Jan Gould hatte unter der Hand alles Vieh weislich von Buffalo aufgekauft und nicht auf seiner eigenen Eisenbahn, sondern auf der Vanderbiltischen nach Newyork transportiert. Bevor Vanderbilt die Sache merkte, hatte Jan Gould durch den billigen Viehtransport bereits ein hübsches kleines Vermögen verdient.

In den Vereinigten Staaten hat sich eine große Gesellschaft gebildet, die sich die Hebung der im Mai 1915 von Deutschland verfenkten „Lusitania“ zur Aufgabe gemacht hat. Die Gesellschaft ruft zum größten Teil auf amerikanischem, zum kleineren auf englischem Kapital. Die Beiträge mit der Cunard Line sind so weit gediehen, daß der Ausführung des Unternehmens nichts mehr im Wege steht. Aber das böse Gewissen der englisch-amerikanischen Politik betrachtet die Angelegenheit mit größtem Mißvergnügen. Man hat ja seinerzeit gerade den „Lusitania“-Fall zum Beweise der deutschen Barbarei genügend ausgeschlachtet und behauptet, wir hätten einen harmlosen Passagierdampfer verfenkt. Trotz aller Warnungen des damaligen deutschen Botschafters in Washington, Grafen Bernstorff, begaben sich die amerikanischen Passagiere in Massen auf das Schiff, das neben anderem Kriegsmaterial zwei für England bestimmte U-Boote samt der zugehörigen Torpedo-Ausrüstung in seinem Kumpf führte. Die Wirkung der Torpedierung war ja deshalb gerade so gewaltig, weil sich die im Schiffsinnen verpackten Torpedos lösten und das Schiff dadurch an verschiedenen Stellen aufriß. Das alles ist von der Entente natürlich abgeleugnet worden, und man kann sich denken, welche Verwirrung sie haben, daß heute gleichzeitig mit der Hebung die Wahrheit an den Tag komme. Es ist also ein Konflikt zwischen Politik und Geschäft. Da sich aber die englischen Reedereien den etwa 30 v. H. betragenden Anteil an der Wertung des Schiffes nicht entgehen lassen wollen, so will die englische Regierung Vorkehrungen treffen, daß die bei der Hebung zum Vorschein kommende Kriegsmateriale, die die Vernichtung der „Lusitania“ völkerrechtlich rechtfertigte, schleunigst beiseite geräumt wird. Demgegenüber muß Deutschland vor aller Welt fordern, daß die Hebung der „Lusitania“ in Gegenwart neutraler Zeugen erfolgt. Wenn England sich dem widersetzen sollte, so wäre das ein offenes Eingeständnis des Schuldbeitrags.

### Polen.

Provinzen und Heere.  
Ein Zugang zum Meere,  
Viel Städte und Felder,  
Germanische Wälder  
Und Erze und Kohlen —  
Schaut her: Das ist Polen  
Und alles, alles zusammengehoßen!  
(„Klabberadatsch“.)

### Drahm Nachrichten.

**Strasbourg, 17. Juni.** Die Maschinen und ein Teil des technischen Stabpersonals im Hafen von Rehl sind in den Streik getreten. Die Arbeitgeber haben die Aussperrung beschlossen, falls die Arbeit am Montag nicht aufgenommen wird. Man erwartet, die beladenen Schiffe, die sich in größerer Anzahl im Rehl-Hafen befinden, in Strasbourg anlanden zu lassen.

**Bischofsburg, 16. Juni.** In Bischofsburg kam es zwischen einem Apo-Kommando und einer kleinen franz. Abteilung zu einem blutigen Zwischenfall. Eine größere Anzahl Zivilisten ergriff die Partei der Apo-Beamten, worauf es zu einem heftigen Feuergefecht kam, in dessen Verlauf drei Zivilisten getötet und ein vierter so schwer verletzt wurde, daß er kurz darauf an den erlittenen Verletzungen starb.

### Mutmaßliches Wetter.

Heber England steht ein Hochdruck, aber in Süd-Deutschland sind immer noch starke Aufsteinstörungen, deshalb ist am Dienstag zwar in der Hauptsache trockenes und warmes, aber strichweise gewittriges Wetter zu erwarten.

